



**GStB**

Gemeinde- und Städtebund  
Rheinland-Pfalz



Landkreistag Rheinland-Pfalz



**Städtetag**RLP

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände

Federführung: Landkreistag Rheinland-Pfalz

Freiherr-vom-Stein-Haus, Deutschhausplatz 1, 55116 Mainz

---

## **Forderungspapier Zukunftssicherung der Musikschulen in RLP**

Die kommunalen Spitzenverbände Rheinland-Pfalz, Gemeinde- und Städtebund, Landkreistag und Städtetag, möchten auf die schwierige Situation der 41 kommunalen Musikschulen aufmerksam machen.

### **Der langfristige Erhalt vieler Musikschulen ist akut gefährdet!**

Die kommunalen Spitzenverbände begrüßen und unterstützen ausdrücklich die Arbeit der Musikschulen in Rheinland-Pfalz, in denen über 43.000 Schülerinnen und Schülern von mehr als 1.600 Musikpädagoginnen und Musikpädagogen – oft unter prekären Arbeitsbedingungen - unterrichtet werden. Dabei sind die Herausforderungen der Musikschulen vielfältig und bedrohen teils deren Bestand.

### **Herausforderungen der Musikschulen:**

- **Steigende Unterrichtsgebühren**
- **Mangelnde Teilhabegerechtigkeit**
- **Fehlendes musikpädagogisches Fachpersonal**

Die Musikschulen nehmen eine wichtige bildungspolitische und auch gesellschaftliche Funktion ein. So ergänzen sie, neben ihrer eigenständigen pädagogischen und kulturellen Aufgabe in der Gestaltung zukunftsfähiger kommunaler Bildungslandschaften, oft den aus Mangel an Lehrpersonal, aufgrund fehlender Räume oder schlicht wegen fehlender Instrumente deutlich abnehmenden schulischen Musikunterricht und ermöglichen so vielen Gesellschaftsschichten den Zugang zu einem wichtigen kulturellen Gut. Gerade in jungen Jahren werden die Grundlagen für ein dauerhaftes Interesse am Musizieren gelegt und die Musikschulen bekennen sich zu dieser Verantwortung. Allerdings sind die Musikschulen in ihrer gesellschaftlichen und bildungspolitischen Bedeutung so viel mehr als nur der Ersatz für fehlendes Lehrpersonal an Schulen. Gerade im außerschulischen Bereich unterbreiten sie Bürgerinnen und Bürgern aller Altersklassen ein offenes, vorbehaltloses bildungspolitisches Angebot.



**GStB**

Gemeinde- und Städtebund  
Rheinland-Pfalz



Landkreistag Rheinland-Pfalz



**Städtetag**RLP

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände  
Federführung: Landkreistag Rheinland-Pfalz

Freiherr-vom-Stein-Haus, Deutschhausplatz 1, 55116 Mainz

---

Die Bedeutung der musikalischen Bildung ist unstrittig und wird von allen Verantwortlichen aus Politik und Wirtschaft, aber auch der Gesellschaft insgesamt gesehen. Doch den Kommunen fehlen Mittel und Personal, um ein flächendeckendes Angebot in Rheinland-Pfalz überhaupt noch leisten und aufrechterhalten zu können. Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 28. Juni 2022, in dessen Folge rund 54% der Musikschullehrkräfte in Anstellungsverhältnisse überführt wurden, hat den finanziellen Druck auf die Träger weiter erhöht. In der Folge steigen die Unterrichtsgebühren stetig, worunter vor allem die Teilhabegerechtigkeit leidet. Überdies führen teils prekäre und unattraktive Beschäftigungsverhältnisse zu einem Mangel an Lehrpersonal, was letztlich lange Wartelisten für Schülerinnen und Schüler bedeutet.

### **Die Finanzierungsstruktur der Musikschulen ist nicht mehr zeitgemäß!**

Eine Hauptursache für diese Misere liegt in der derzeitigen Finanzierungsstruktur. Musikschulen sind, wie das Bildungssystem insgesamt, eine öffentliche Gemeinschaftsaufgabe, bei der auch die Länder in der Pflicht stehen. Diese sollten sich angemessen an Betriebskosten, überörtlichen Aufgaben sowie Qualifizierungsmaßnahmen beteiligen. Der Landesanteil an der Finanzierung der Musikschulen hat sich trotz steigender Kosten in den letzten Jahren nicht erhöht, sondern kontinuierlich verringert. Er beträgt derzeit rund 3,5 Millionen Euro jährlich. Die Kommunen stellt dies vor große finanzielle Herausforderungen. Sie können die Kostensteigerungen, zum Beispiel für Personal, Räumlichkeiten und Energiekosten, alleine nicht stemmen. Die Folge sind, wie bereits beschrieben, steigende Beiträge für die Schülerinnen und Schüler der Musikschulen, die oft von diesen nicht mehr aufgebracht werden können. Darunter leidet die Bildungsgerechtigkeit und den Bürgerinnen und Bürger wird letztlich ein wichtiger Zugang zur musikalischen Bildung erschwert.

### **Zeitgemäße und faire Drittel-Finanzierung jetzt!**

Die Kommunen schlagen daher eine faire Kostenaufteilung vor. Eine Drittel-Finanzierung zu gleichen Teilen, bestehend aus 1/3 Landesförderung, 1/3 Teilnehmerbeiträgen und 1/3 Anteil der kommunalen Träger. Nur so kann für eine breite Masse die Teilhabe an den Musikschulen gesichert werden.



**GStB**

Gemeinde- und Städtebund  
Rheinland-Pfalz



Landkreistag Rheinland-Pfalz



**Städtetag**RLP

Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände  
Federführung: Landkreistag Rheinland-Pfalz

Freiherr-vom-Stein-Haus, Deutschhausplatz 1, 55116 Mainz

---

## **Rheinland-Pfalz kann bei den Musikschulen mit gutem Beispiel vorangehen.**

Die Politik muss sich von den Vorstellungen lösen, die aus einer Zeit stammen, als nur dem Bildungsbürgertum der Zugang zu solchen Einrichtungen möglich war. Die Musikschulen haben bereits reagiert, ihr Tätigkeitsgebiet beschränkt sich bekanntermaßen längst nicht mehr nur auf die private Stunde am Nachmittag. Die Musikschulen müssen gerade in den aktuell herausfordernden Zeiten angemessen finanziert werden, um sämtlichen bildungspolitischen Ansprüchen - von der Teilhabe bis zur Integration - gerecht werden zu können. Nur so ist es möglich, Bildungsgerechtigkeit zu wahren, musikpädagogisches Fachpersonal angemessen zu finanzieren, zu halten, Fachkräftenachwuchs zu generieren und den Zugang für alle zu den Musikschulen weiterhin zu ermöglichen. Dies ist zudem notwendig, damit die Musikschulen auch weiterhin als gut vernetzter und verlässlicher Kooperationspartner von Land und Kommunen (z. B. zur Unterstützung im Rahmen der bereits bestehenden bzw. spätestens ab 2026 mit dem Gültigkeitsbeginn des bestehenden Rechtsanspruchs auf ganztägige Förderung von Kindern im Grundschulalter entstehenden Bildungs- und Betreuungslücken) zur Verfügung stehen. Nun ist das Land gefordert nachzuziehen und seine Verantwortung für ein stabiles und flächendeckendes Kultur- und Bildungsangebot wahrnehmen.